

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Matthias Fischbach

Abg. Horst Arnold

Abg. Jürgen Mistol

Abg. Dr. Fabian Mehring

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Tobias Reiß

Präsidentin Ilse Aigner: Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, gebe ich bekannt, dass die FDP-Fraktion das Abhalten einer weiteren Aktuellen Stunde beantragt hat. Es handelt sich um einen Geschäftsordnungsantrag nach § 106 der Geschäftsordnung.

Antrag gem. § 106 BayLTGeschO der FDP-Fraktion

Durchführung einer weiteren Aktuellen Stunde zum Thema "Positionierung der Staatsregierung zu den Verhandlungen im Rahmen der Ministerpräsidentenkonferenz am 25. November 2020 zur Bekämpfung der SARS-Cov2-(Corona-)Pandemie"

Die Redezeit der Rednerinnen und Redner beträgt jeweils fünf Minuten. Zur Begründung erteile ich dem Kollegen Fischbach von der FDP-Fraktion das Wort.

Matthias Fischbach (FDP): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die FDP-Fraktion beantragt die Erweiterung der Tagesordnung um eine weitere Aktuelle Stunde, die zum Beispiel nach der Beratung der Ersten Lesungen stattfinden soll. Sie soll sich mit der Positionierung des Freistaates Bayern und der Staatsregierung in der gerade geplanten und morgen stattfindenden Ministerpräsidentenkonferenz auseinandersetzen.

Wir halten eine Befassung des Landtags mit diesem Thema bereits heute und nicht erst am Freitag für erforderlich. Zur Begründung: Spätestens seit dem Wochenende kursieren Beschlussvorlagen für diese MPK; es liegen also bereits zum jetzigen Zeitpunkt Konzepte vor. Der Ministerpräsident hat sich auch am Sonntag schon in der "BILD"-Zeitung zu vielen Punkten festgelegt. Es gibt also offensichtlich eine Haltung der Staatsregierung, die gerade über Presseveröffentlichungen kundgetan wird.

Daher ist es an der Zeit, auch im Hohen Hause darüber zu diskutieren, wie sich Bayern in diesen Verhandlungen verhält; denn es ist geboten, in der Sache gerade die weitgehenden Eingriffe in unsere Grundrechte zu diskutieren:

Es geht um Berufs- und Gewerbefreiheit, wenn wir zum Beispiel über die betroffenen Branchen sprechen. Es geht um Bildungschancen für unsere Kinder. Es geht um ganz wesentliche Einschränkungen der Handlungsfreiheit der Menschen, wohin sie sich bewegen und wie viele sich treffen dürfen. Nicht zuletzt geht es auch um die Frage, wie es eigentlich über Weihnachten und Silvester hinaus weitergehen kann.

Deshalb darf der Landtag hier keine Statistenrolle einnehmen. Der Landtag ist nicht nur Zuschauer, sondern er muss an dieser Stelle Entscheider sein. Es geht nicht an, dass wir am Freitag nur Entscheidungen, die von der Ministerpräsidentenkonferenz getroffen worden sind, zur Kenntnis nehmen, dass wir nur Entscheidungen zur Kenntnis nehmen können, die der Ministerrat getroffen hat.

(Beifall bei der FDP)

Aus unserer Sicht sollten wir vorher die Gelegenheit bekommen, den Verhandlern mitzugeben, was sie verhandeln sollen. Es sollte möglich sein, dass wir jetzt darüber sprechen, bevor am Ende schon wesentliche Pflöcke eingerammt sind.

Deswegen ist eines ganz wichtig: dass wir als Volksvertreter gewählt sind, um auch mitzubestimmen, welche Einschränkungen im Rahmen einer solchen Pandemie den Menschen wirklich auferlegt werden sollen. Wir als Volksvertreter sind gewählt, um zu bestimmen, welche finanziellen Lasten damit für die Gesellschaft verbunden sein können, die wegen Corona getragen werden müssten. Wir sind als Volksvertreter gewählt, um zu bestimmen, wie gerade auch vulnerable Gruppen geschützt werden können. Das sollte unser Anspruch sein. Auch die Bürgerinnen und Bürger erwarten von uns im Hohen Haus, dass wir uns nicht selbst verzweigen.

Eigentlich wäre es unsere erste Wahl gewesen, mit Dringlichkeitsanträgen zu operieren. Ich habe das im Ältestenrat beantragt. Leider ist das am Veto der CSU-Fraktion gescheitert.

Wir hatten auch gehofft, dass die FREIEN WÄHLER zumindest mit ihrer Aktuellen Stunde heute dieses Thema – wo geht es hin? –, das die letzten Tage wirklich das ganze Land bewegt hat, zum Inhalt der Aktuellen Stunde machen werden. Sie haben es leider nicht gemacht. Ich muss sagen, ich bin davon enttäuscht.

Herr Streibl, Sie haben in den letzten Tagen die Backen aufgeblasen. Sie haben gesagt, es brauche nur einen richtig harten Lockdown. Da war viel von Ihnen zu hören. Aber warum stellen Sie das heute nicht zur Debatte? Warum diskutieren wir heute nicht darüber? – Das wäre doch eigentlich das Thema gewesen.

(Beifall bei der FDP)

Stattdessen geht es um ein Metathema. Das ist zwar richtig und berechtigt, aber nicht das, was das Land gerade zentral bewegt. Vor dieser morgigen Entscheidung dürfen wir das doch nicht im Ungefähren lassen. Ich nehme Sie da ganz klar beim Wortlaut des Titels Ihrer Aktuellen Stunde: "Einigkeit statt Egoismus". Versuchen wir doch bitte, die Einigkeit hier in einer parlamentarischen Debatte herbeizuführen, indem wir das Hohe Haus eben jetzt schon mit diesen Richtungsentscheidungen befassen und um die richtige Linie ringen, damit wir auch auf einen gemeinsamen Nenner kommen und nicht erst den Ministerpräsidenten entscheiden lassen. Das sind einsame Entscheidungen in Videokonferenzen, in Hinterzimmern der Staatskanzleien. Der Landtag ist jetzt gefragt und nicht erst am Freitag, wenn alles schon feststeht.

Ich bitte daher um Zustimmung zu unserem Geschäftsordnungsantrag.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die SPD-Fraktion spricht als Nächster der Kollege Horst Arnold.

Horst Arnold (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Präsidentin, ich darf Sie zitieren, ein parlamentarisches Narrativ: Wir sind stolz auf den Parlamentarismus, wir sind stolz auf die Demokratie.

Wir wissen, was Demokratie heißt: nämlich, dass eine Gewaltenteilung inmitten steht. Gewaltenteilung heißt Kontrolle, aber auch Austausch politischer Positionen.

Wenn wir heute tatsächlich keine Dringlichkeitsanträge besprechen können, dann sind große Chancen vergeben, in diesem Zusammenhang eine Äußerung des Parlaments, eine Äußerung aller Parteien darüber nach außen zu bringen, wie die Vorstellungswelt hier im Parlament zu entsprechenden Entscheidungen aussieht, zu Papieren, die sozusagen durchgestochen werden, teilweise überraschen und teilweise revidiert werden. Wir sind doch in dem Kontext wirklich stolz und können auch stolz unsere Argumente austauschen. Was ist dazu besser geeignet als eine Aktuelle Stunde?

Alle blicken mehr oder weniger fast wie hypnotisiert auf diese Runde der Ministerpräsidenten. Selbst der Kollege Fischbach sagt: Was dort entschieden wird, wird möglicherweise bei uns eins zu eins umgesetzt.

Das wollen wir nicht, und dieser Eindruck darf sich in der Bevölkerung, durch das Parlament vermittelt, nicht verfestigen. Wir streiten um jede Position. Wir streiten diszipliniert um jede Position. Aber wichtig ist doch, dass man diese Positionen beizeiten in einer Aktuellen Stunde vorbringt. Das ist jetzt genau der Moment dazu.

Leider Gottes haben die FREIEN WÄHLER mit ihrer Wahl des Themas diese Chance – ich sage es jetzt mal salopp – vergeigt.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen muss jetzt das Parlament nachjustieren, weil wir der Ansicht sind, dass sich das Parlament über dieses Thema äußern können muss. Das ist in der Aktuellen Stunde. Ob jetzt hier Beschlüsse gefasst werden oder nicht, steht auf einem anderen Blatt. Aber die Signale, die nach Berlin gesendet werden, sind ganz wichtig. Es kann auch nicht sein, dass die Meinungshoheit vor solchen Konferenzen, vor solchen Sitzungen, immer bei der Regierung ist, wenn das Parlament dazu ganz andere Intonationen hat.

Deswegen wird die SPD-Fraktion diesem Geschäftsordnungsantrag zustimmen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der FDP – Abgeordneter Horst Arnold (SPD) verlässt das Rednerpult ohne Maske)

Präsidentin Ilse Aigner: Maske! Herr Kollege, Ihre Maske!

(Abgeordneter Horst Arnold (SPD) kehrt zum Rednerpult zurück, um seine Maske zu holen)

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht der Kollege Mistol.

Jürgen Mistol (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wer schon einmal mit einem Strauß von Vorgaben in Verhandlungen geschickt worden ist, der weiß, dass das den Verhandlungsspielraum drastisch einschränken und den Verhandlungserfolg manchmal gefährden kann.

Aber wenn ich den Antrag der FDP richtig verstanden habe, geht es gar nicht darum, dem Ministerpräsidenten für die Verhandlungen in der Ministerpräsidentenkonferenz irgendwelche engen Fesseln anzulegen, sondern es geht darum, dass wir eine Debatte führen, damit der Ministerpräsident weiß, welche Vorstellungen die Fraktionen hier im Hause zu den geplanten Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie haben, die morgen bei der MPK beschlossen werden sollen.

Die Entwürfe geistern schon herum, und es wird ja bereits landauf, landab darüber diskutiert. Es wäre gut, wenn wir die Gelegenheit hätten, das auch hier im Hohen Hause zu debattieren. Ich finde, diese Debatte kann man führen. Sicher kann man sich über den Zeitpunkt trefflich streiten.

Uns GRÜNEN wäre auch eher an einem regelmäßigen Austausch mit dem Herrn Ministerpräsidenten zu Fragen der Corona-Pandemie gelegen, so, wie es einmal losgegangen ist. Die Fraktionsvorsitzenden erinnern sich: Im März und im April hat es regelmäßige Besprechungen zwischen dem Ministerpräsidenten und den

Fraktionsvorsitzenden gegeben. Das hat der Ministerpräsident dann irgendwann nicht mehr für nötig gehalten. Aber aus unserer Sicht wäre das wirklich notwendig, damit man auch im Gespräch bleibt.

Kolleginnen und Kollegen, ich habe schon manchmal den Eindruck, dass selbst Mitglieder der Staatsregierung mitunter überrascht sind und auch die Regierungsfractionen überrascht sind – zumindest die eine oft vielleicht mehr als die andere –, mit welchen Positionen der Ministerpräsident in solche Verhandlungen geht.

Insofern sagen wir GRÜNE: Die Debatte kann für uns alle sehr erhellend sein. Auch wir GRÜNE sind stolze Parlamentarierinnen und Parlamentarier, und deswegen stimmen auch wir GRÜNE dem Geschäftsordnungsantrag der FDP zu.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD und der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER spricht Herr Dr. Fabian Mehring.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Corona-Pandemie stellt unsere gemeinsame Heimat vor die größten Herausforderungen der Nachkriegszeit. Unser Land befindet sich in einer tiefen Krise, und die Opposition im Bayerischen Landtag hat ein zweites Mal nach der letzten Woche nichts anderes zu tun, als Geschäftsordnungsklamauk im Plenarsaal des Bayerischen Landtags zu veranstalten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist nicht die Form von Demokratie, auf die wir stolz sein können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Widerspruch)

Das torpediert die Glaubwürdigkeit von Politik, das ist peinlich und schäbig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zunächst der gleiche Text, den ich Ihnen an gleicher Stelle schon in der letzten Plenarsitzung mit auf den Weg gegeben habe, mit Blick auf den Stil dessen, was Sie hier als Anwurf dem Parlament gegenüber zum Vortrag bringen; ich habe es letzte Woche schon gesagt: Plenarsitzungen werden im Ältestenrat vorbereitet.

Lieber Kollege Fischbach, die Parlamentarischen Geschäftsführer sind dauerhaft in Kontakt. Da hört man gar nichts von Ihnen und von euch, nicht gestern, nicht heute, den ganzen Tag über nicht. Das Thema der Aktuellen Stunde ist längst bekannt.

Nein, man sagt da nichts, man geht dann in die Plenarsitzung und macht um 14:01 Uhr bekannt, dass man eine Politshow veranstalten möchte, statt dafür zu sorgen, dass die Menschen in Bayern gut durch diese Krise kommen. Das ist mit den Regierungsfractionen aus FREIEN WÄHLERN und CSU nicht zu machen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Widerspruch)

Auch in der Sache – und da gleichen die Vorgänge dieser Woche den Vorgängen der letzten Woche – liegen Sie neuerlich falsch: Denn, meine sehr verehrten Damen und Herren, was würde es denn bedeuten, wenn wir als Bayerischer Landtag heute, einen Tag, bevor sich die MPK in Berlin zusammensetzt und sich einem ohnehin sehr schwierigen Prozess aussetzt, nämlich dem Versuch, über die Grenzen aller Länder hinweg, über die Grenzen aller demokratischen Parteien hinweg einen Konsens zu finden, vorher schon ein Präjudiz des Bayerischen Landtags schaffen würden? Meine sehr verehrten Damen und Herrn, was glauben Sie denn, was morgen in Berlin noch geschehen könnte, was noch konsentiert werden könnte, wenn 16 deutsche Länderparlamente alle ihre Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit einer klaren Verhandlungslinie losschicken würden?

Das ist doch schäbig, das so einzufordern. Sie machen es doch auch nicht. Die Papiere, die kursieren, sind doch nicht nur Papiere der CDU-Fraktion. Es gibt A-Papiere, es gibt B-Papiere. Die SPD-Länder haben sich positioniert, die CDU-Länder haben sich positioniert. Es ist schwer genug, daraus jetzt einen Konsens zu machen, einen Konsens, der dafür sorgt, dass unser Land und seine Menschen gut durch diese Krise kommen können.

Es wäre das Schlechteste, was wir tun könnten, wenn wir dafür sorgten, dass alle Länderparlamente den Korridor für die Ministerpräsidenten, die unter der Führung der Kanzlerin verantwortungsvoll miteinander verhandeln werden, so eng gestalten würden, dass am Schluss kein Konsens mehr herauskommt. Dann sind wir wieder so weit wie zur Mitte dieses Jahres, dann haben wir wieder keine homogene Linie, dann gilt wieder in jedem Bundesland etwas anderes. Wollen Sie das wirklich? Wollen Sie dafür Verantwortung angesichts volllaufender Krankenhäuser, wollen Sie dafür Verantwortung angesichts einer auseinanderdriftenden Gesellschaft übernehmen? – Das ist schäbig, meine sehr verehrten Damen und Herren der Opposition.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir haben als Bayerischer Landtag deshalb sehr wohl ein sinnvolles Vorgehen gewählt. Ich darf daran erinnern, dass wir das im interfraktionellen Einvernehmen gewählt haben. Wir waren es, die über eine Bundesratsinitiative aus Bayern eingefordert haben, dass die Debatte über Corona zurück in die Parlamente muss, und genauso geschieht es. Die MPK wird einen Rahmen vorgeben, der am Mittwoch in Berlin konsentiert wird – übrigens auch mit Ihren Parteien, die Sie jetzt so laut schreien. Anschließend wird sich das Bayerische Kabinett damit befassen. Am Freitag wird der Landtag, bevor eine Verordnung herausgeht, genau diese parlamentarische Debatte führen. Das ist der einzig richtige Weg, meine sehr verehrten Damen und Herren, nur so kann ein Konsens dabei herauskommen, der trägt. Alles andere ist Politshow; alles andere ist parlamentarischer Klamauk, führt zu keinem Ergebnis und spielt am Ende des Tages nur denen zu, die sich dann draußen auf den Straßen wieder für die Epigo-

nen von Sophie Scholl und Anne Frank halten. Denen spielen Sie mit einem solchen Unsinn in die Karten, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Sie schaffen damit – und das ist mir wirklich über alles Politische hinaus ernst –, lieber Martin Hagen, Verunsicherung bei den Menschen. Wenn wir heute loslaufen und sagen, als Landtag wollen wir eins, zwei, drei, vier, und wenn morgen in Berlin verhandelt wird und wir nach Hause kommen und eins, zwei, drei, vier, fünf bekommen oder wenn wir drei nicht kriegen, aber dafür sechs, dann sagen die Menschen wieder: Ja-wohl, die Politik ist nicht verlässlich. – Dann sagen die Menschen wieder: Ja, die sind zuerst losgelaufen, und anschließend haben sie etwas anderes beschlossen. Wir tragen genau zu dieser Verunsicherung bei, die wir jetzt nicht brauchen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP: Sie hätten in Berlin regieren können, da laufen Sie davon, weil Sie keine Verantwortung übernehmen wollten, und dann stellen sich in Bayern hin und sagen: Jetzt machen wir aber Vorgaben für die, die verhandeln, bei denen wir aber nicht am Tisch sitzen wollten, weil wir gar nicht mitkoalieren wollten, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zurufe)

Klare Ansage: Wir lehnen dieses Ansinnen ab. In der Aktuellen Stunde wird beraten, was die Fraktion, die vorschlagsberechtigt ist, vorschlägt. Das ist der sinnvolle Weg, genauso wie die von Bayern gewählte Vorgehensweise. Nur so können wir zu einem Konsens kommen.

Allen anderen, die es anders sehen, sei gesagt, dass ich nicht der Auffassung bin, dass die FDP dauerhaft davon profitieren kann, wenn sie sich als A-FDP geriert.

(Zurufe: Das ist unerhört! – Kein Applaus! Da klatschen nicht einmal die eigenen Leute!)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist für die AfD-Fraktion der Kollege Prof. Hahn.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Rechte der Bürger landauf, landab sind auf das Stärkste eingeschränkt, wenn wir auf die letzten 60, 70 Jahre zurückblicken. Das Land ist in einem Zustand, den wir noch nie kannten. Unser Grundgesetz ist heutzutage in den grundlegenden Werten beschränkt.

(Zuruf: Quatsch!)

Wir hätten uns das alle vor einem Jahr niemals vorstellen können, in welcher Situation wir heute sind.

(Zuruf: Unsinn!)

Sie, gerade die Regierung aus CSU und FREIEN WÄHLERN, stellen sich hier allen Ernstes hin und wollen noch eine politische Debatte, eine Aktuelle Stunde unterbinden. Unglaublich, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der AfD)

Die Maßnahmen sind hanebüchen. Wir haben es erlebt. Einige von Ihnen sitzen hier in den Reihen mit Masken. Der Effizienznutzen dieser Masken ist überhaupt nicht wissenschaftlich validiert. Der Ministerpräsident nimmt sich selber die Freiheit heraus, dieses Maskengebot uns allen aufzuoktroyieren und dann selber vom Rednerpult wegzugehen, ohne die Maske aufzusetzen. Das sind die Fakten, meine Damen und Herren.

(Zurufe)

Wir hätten es nötig, hierüber zu diskutieren. Schauen Sie einmal nach Nordrhein-Westfalen. Dort hat gerade das Oberverwaltungsgericht entschieden, dass es natürlich nicht zuträglich ist, wenn jemand aus einer Region, in der die Inzidenz niedriger

ist, in seine Heimatregion zurückkehrt, in der sie höher ist, in Quarantäne muss. Die Verwaltungsgerichte in Nordrhein-Westfalen sind da schlauer, auch die Parlamentarier haben darauf gepocht. Hier in Bayern haben wir die Situation, dass Sie hier alle von der Regierung nicht darüber reden wollen. Das ist doch ein Drama.

Weihnachten und Silvester stehen vor der Tür. Wir alle wissen nicht, mit wie vielen Leuten wir vielleicht noch dieses Fest feiern dürfen. Die Weihnachtsmärkte sind landauf, landab abgesagt, und alles mit der Begründung, man dürfe sich doch hier nicht dieser Gefahr aussetzen.

Was ist denn mit der Gefahr? Was ist mit der Gefahr zum Beispiel im Profifußball? – Dort dürfen unsere Millionäre wunderbar Fußball spielen, sie dürfen ihre Millionen weiter verdienen, sie dürfen sich gegenseitig umarmen, foulern, was auch immer. Nur der normale kleine Mensch, der Bürger, der Hobbysportler darf es nicht. Ein Unding, meine Damen und Herren, ist das!

(Beifall bei der AfD)

Über solche Sachen muss man hier im Parlament doch einmal reden. Frau Präsidentin hat es eben angesprochen: Man würde sich verbarrikadieren, man würde sich auch im Bundestag verbarrikadieren. Sie sagen, dass wäre hier im Landtag nicht der Fall. – Natürlich, wir sind doch schon längst isoliert. Heute Morgen war es so, dass sich der Ministerpräsident hier von acht Personen hat schützen lassen, der eine Ausgang war abgesperrt, die anderen MdLs konnten dort überhaupt nicht mehr aus- und eingehen. So weit sind wir schon, dass wir in diesem geschützten Landtag ganze Eingänge absperren, weil der Ministerpräsident jetzt vielleicht schon Angst vor seinem Volk oder vor seinen eigenen Abgeordneten hier im Landtag hat.

(Zurufe)

Das Gleiche, was wir hier im Bayerischen Landtag erleben, sehen wir draußen auf den Straßen; denn die Demonstrationen werden mit größter Härte unterbunden. Als

im Frühjahr hier "Black Lives Matter"-Demonstrationen waren, massenhaft Leute ohne Masken demonstrierten, dann regte sich überhaupt keiner von der CSU oder den FREIEN WÄHLERN auf. Aber bei diesen Temperaturen, wenn ganz normale Familien an den Demonstrationen teilnehmen, werden sofort die Wasserwerfer herausgeholt, und der normale Bürger wird eingeschüchtert. So sieht das hier aus.

(Beifall bei der AfD)

An Ihren Zwischenrufen erkennt man, dass Sie dort ertappt sind.

(Zurufe)

Deshalb sind wir selbstverständlich dafür, dass wir eine Aktuelle Stunde durchführen, gerade um unsere Parlamentarierrechte hier nicht aufzugeben. Sie scheinen das im Frühsommer abgeschenkt zu haben. Sie machen eine "Ein-Halb-Lösung". Wir sind hier voll mit unserer Mannschaft der AfD vertreten. Wir wollen die Parlamentarierrechte wahrnehmen, und wir wollen hierüber diskutieren und die gesamten Ungereimtheiten Ihrer Politik aufdecken.

Im Übrigen, Herr Mehring, Sie haben ja eben gesehen, dass es noch nicht einmal bei Ihrer Fraktion Zustimmung findet. Sie decken die Politik der Union als kleine bayeerische Lokalpartei, die jetzt schon auf 6 % gesunken ist. Wenn Sie diese Politik weiterhin decken werden, dann wird Ihre Partei auch unter die 5%-Hürde rutschen. Sie war irgendwann einmal eine bodenständige Partei für die Menschen. Diese Zeiten sind jetzt vorbei, und Sie werden ganz bestimmt nicht davon profitieren. Allein die Union wird profitieren, und die Menschen auf den Straßen werden enttäuscht sein, dass sie ihre Meinung, genauso wie wir hier drinnen, nicht weiter äußern dürfen.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als letztem Redner dieser Geschäftsordnungsdebatte erteile ich dem Kollegen Tobias Reiß das Wort.

Tobias Reiß (CSU): Lieber Kollege Fischbach, liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP-Fraktion, spätestens jetzt nach diesem unterirdischen Beitrag der AfD-Fraktion sollten Sie erkennen, dass dieser Geschäftsordnungsantrag alles andere als angebracht ist, dass diese Scheindebatte, diese Show, diese Geschäftsordnungstricks, die Sie anwenden, nur einer Seite hier im Haus dient, und zwar der ganz rechten.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zurufe)

Sie, Herr Kollege Hahn, wollen Parlamentsrechte stärken. Sie treten die Parlamentsrechte aber mit den Füßen. Die Frau Präsidentin hat es angesprochen: Ihre Kolleginnen und Kollegen schleusen in den Bundestag Menschen ein, die Demokraten einschüchtern sollen!

Wir stärken die Demokratie. Sie hingegen schüchtern Demokraten ein. Das ist der Unterschied zum Parlamentarismus in Deutschland und in Bayern!

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Mistol, Sie waren überrascht, mit welchen Positionen der Ministerpräsident nach Berlin fährt.

(Zuruf)

Ich bin wiederum dafür dankbar, dass er die Debatte mit einem konkreten Konzept prägt und dass er sich dem Gesundheitsschutz unterwirft, indem er sagt: Jawohl, es geht um die Gesundheit, es geht um jedes Menschenleben. – Es geht darum, so zu steuern, dass unsere Gesundheitssysteme nicht überlastet werden. Es geht auch darum, dass wir die Menschen nicht überlasten, ihnen aber gleichzeitig erklären, dass die jetzige Herausforderung eine sehr große ist, wie es sie – darüber sind wir uns hier doch alle einig – in diesem Jahrhundert bzw. nach den beiden Weltkriegen in dieser Form noch nicht gegeben hat.

Die Situation erfordert Ernsthaftigkeit, und sie erfordert, die Fragen der Gewaltenteilung ernst zu nehmen. Herr Kollege Arnold, auf Bundesebene wurden auch auf Drängen des Bayerischen Landtags hin Änderungen im Infektionsschutzgesetz vorgenommen. Der Bundestag hat sich mit diesen Themen beschäftigt und gesagt: Jawohl, wir müssen die Exekutive bei den Fragen stärken, welche Maßnahmen zu ergreifen sind und welche Möglichkeiten gegeben sein sollen, um Grundrechte einzuschränken. Damit hat sich das Parlament, der Deutsche Bundestag, beschäftigt.

Menschen im Umfeld der AfD wollen hier jetzt jedoch querdenken und diesen Akt des Parlamentarismus, diesen Akt des Stärkens der Demokratie mit ihrer Arbeit in den Dreck ziehen, indem sie nach draußen deutlich machen, dass damit Ermächtigungsgesetze oder Ähnliches auf den Weg gebracht würden.

(Zuruf)

Der Deutsche Bundestag und auch wir im Bayerischen Landtag stärken die Exekutive in ihrem Tun. Außerdem unterstützen wir den klaren Kurs, den der Bayerische Ministerpräsident, den die Bayerische Staatsregierung fährt.

Es ist eben nun einmal so, dass sich in der Krise der Charakter bewähren muss. Herr Kollege Fischbach, bevor Sie hier Geschäftsordnungsanträge stellen, müssen Sie das immer überlegen.

Wir haben eine Verantwortung, wie wir den Bayerischen Landtag nach außen repräsentieren, und wir haben in dieser Woche doch ein Drehbuch des Parlamentarismus und der Demokratie. Der Ministerpräsident – der Kollege Mistol hat auch das angesprochen – muss aber natürlich auch Verhandlungsfreiheit haben; denn er muss mit den Regierungschefs der Länder und mit der Bundeskanzlerin Beschlüsse fassen können.

Wir im Bayerischen Landtag werden dann auf das Angebot des Ministerpräsidenten hin am Freitag ein zweites Mal in dieser Woche zusammenkommen, um über diese

Themen in der sich der Regierungserklärung anschließenden Debatte zu sprechen und Beschlüsse zu fassen. Da können wir wiederum auch debattieren, was Sie unterstützen und was Sie nicht unterstützen.

Wir werden den Kurs des Bayerischen Ministerpräsidenten jedenfalls unterstützen und diesen Geschäftsordnungsantrag ablehnen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Nachdem eine Fraktion diesem Geschäftsordnungsantrag widersprochen hat, bleibt es bei der vorgesehenen Tagesordnung.